

Köln an Silvester – eine Nachbetrachtung

In der Silvesternacht wurde Köln Zeuge von Massenangriffen auf Frauen, die eine neue Qualität haben. Die politische Diskussion darüber hat viele, auch widersprüchliche, Aspekte, denen hier nachgegangen werden soll. Die neue Qualität der Sylvesterereignisse liegt in der Kombination von vorwiegend migrantischer Täterschaft, massenhaften und gemeinschaftlich begangenen sexuellen Übergriffen in Verbindung mit Diebstahl, der zweideutigen Haltung der Staatsapparate und einer gereizten gesellschaftlichen Stimmung, die nur darauf wartet, der angeblich zu liberalen Asylpolitik der Kanzlerin eins auswischen zu können.

I.

Zunächst seien die Fakten wiedergegeben, wie sie sich aus den Polizeiberichten rekonstruieren lassen. Auf dem Platz vor dem Kölner Hauptbahnhof wurden in der Silvesternacht in der Zeit zwischen 20.30 Uhr und 6.30 Uhr Frauen, die zum Feiern unterwegs waren, von zeitweise bis zu 1000 Männern in Gruppen umringt, vereinzelt, beschimpft, beleidigt, bestohlen und sexuell belästigt. Von Panik und Schreien war die Rede. Und von Vergewaltigung. Die Stimmung vor dem Bahnhof soll aggressiv gewesen sein, was wohl auch damit zusammenhängt, dass die im Laufe des Abends angewachsene Menge sich einen Spaß daraus machte, mit Feuerwerkskörpern um sich zu werfen. Die Kölner Polizei war mit 143 Mann vor Ort, die Bundespolizei im Bahnhofsgebäude mit 70 Mann, beide deutlich überfordert.

Es war kein isoliertes Ereignis. Aus einem Bericht des Bundeskriminalamts (BKA) geht hervor, dass es Sexual- und Diebstahlsdelikte wie in Köln in der Silvesternacht in zwölf Bundesländern gegeben hat. Auch in verschiedenen anderen Ländern Europas sollen solche Übergriffe gemeldet worden sein, allerdings konnten dazu keine gesicherten Erkenntnisse vorgelegt werden.

Die weitaus meisten Fälle wurden aus Nordrhein-Westfalen mit 1076 und Hamburg mit 195 Straftaten gemeldet. In NRW berichtet das BKA von 692 Körperverletzungs- und Eigentumsdelikten (Diebstahl) sowie 384 Sexualdelikten, 116 davon „in Kombination mit Eigentumsdelikten“ (Tagesschau vom 23.1.).

Bundesweit hatte die Polizei zu dem Zeitpunkt 72 Tatverdächtige ermittelt, zwölf davon Deutsche, 60 Personen anderer Nationalität. Darüber hinaus bleibt der BKA-Bericht jedoch vage: Hamburg nenne Kleingruppen von „Männern mit südländischer Erscheinung“, Hessen gar das Konstrukt: Männer mit „nordafrikanischem/arabischem/südeuropäischem/osteuropäischem Aussehen“. Nordrhein-Westfalen spreche von einem „augenscheinlichen Migrationshintergrund“ und einem „ausländischen Erscheinungsbild“, ohne zu erläutern, worin dieser Augenschein besteht.

In Bezug auf die Kölner Ereignisse wurden bislang einem Bericht aus dem NRW-Innenministerium zufolge 30 Tatverdächtige im Alter zwischen 16 und 32 Jahren identifiziert, 13 davon Marokkaner, 12 Algerier. Ein Kölner Polizeibericht sprach Anfang Januar von „zehn algerischen, zehn marokkanischen, vier syrischen, fünf iranischen, einem irakischen, einem serbischen, einem amerikanischen sowie zwei deutschen Staatsangehörigen“. Die Hälfte der Verdächtigten sind Asylbewerber, 2 haben eine Aufenthaltsgenehmigung, 2 sind minderjährige unbegleitete Flüchtlinge und 11 sollen sich illegal in Deutschland aufhalten. 7 Personen sitzen in U-Haft, darunter mehrere Algerier (Stand: 21. Januar).

Die Medien haben sich sehr schnell auf die Zuordnung „Täter aus Nordafrika“ eingeschossen. Tatsächlich ist die Polizei seit einigen Jahren (also noch vor dem Einsetzen der aktuellen Flüchtlingswelle!) Gangs nordafrikanischer Jugendlicher in deutschen Städten auf den Fersen. Insbesondere in Berlin hat die Polizei seit Jahren mit rund tausend männlichen Intensivstraftätern aus den türkischen und arabischen Communities zu tun. Hier handelt es sich um eine Minderheit von Heranwachsenden der dritten Einwanderergeneration, die schon in der Grundschule Gewalterfahrungen macht.

Man muss aber auch sehen, dass die Flüchtlinge, die letztes Jahr nach Deutschland gekommen sind und immer noch kommen, in großer Zahl alleinstehende Jugendliche und junge Männer ohne familiäre Anbindung sind, die vor allem in den Flüchtlingsunterkünften selbst Frauen angreifen – weil sie nichts zu tun haben, in einer endlosen Warteschleife hängen, unter unmöglichen Bedingungen leben, faktisch kaserniert sind und ihre Sexualität nicht unter Kontrolle haben. Dass sie ausbüxen, ist nachvollziehbar (wenngleich nicht zu dulden) und verweist auf jene, die im Hintergrund dafür verantwortlich sind, dass so etwas passieren kann: die Spitzen von Politik und Verwaltung, die anstelle einer Integrationspolitik eine Abschreckungspolitik treiben. Ihre Kleinkriminalität ist ein Beispiel dafür, wie sexistische und rassistische Gewalt miteinander zusammenhängen.

Einhellig erklären BKA und das NRW-Innenministerium, es lägen keine Erkenntnisse vor, dass sich die Täter verabredet hätten, in keinem Fall gebe es Erkenntnisse über einen Zusammenhang mit organisierter Kriminalität. Das NRW-Innenministerium sieht „keinen Anlass“, von einer „gesteuerten Aktion“ zu sprechen. Das Ministerium hält es für „sehr wahrscheinlich“ dass „gruppenspezifische Prozesse und Abstimmungen die jeweiligen Einzel- und Folgetaten in der Silvesternacht beeinflussten“.

Das NRW-Innenministerium sagt, es habe „deutliche Hinweise“, „dass die Straftaten von unterschiedlichen Tätern/Tätergruppen begangen wurden“, sie wohnten in unterschiedlichen Städten und stammten aus unterschiedlichen Ländern. Keiner der bislang 30 identifizierten Tatverdächtigen hat einen festen Wohnsitz in Köln, etwa die Hälfte von ihnen wohnt in anderen Städten in NRW, die andere Hälfte hat keinen festen Wohnsitz. Dem Bericht zufolge kamen die Übergriffe eher spontan zustande: „Dass es bundesweit – wie wohl auch in anderen europäischen Staaten – zu vergleichbaren Straftaten gekommen ist, lässt nach wie vor darauf schließen, dass die Delikte nicht zeitlich oder hierarchisch organisatorisch vorgeplant wurden“, zitiert die Online-Ausgabe der *Zeit* den Bericht. Eine Erklärung für das flächendeckende Auftreten der mutmaßlichen Jugendgangs gibt es bislang nicht.

Im Westdeutschen Rundfunk beschrieb ein Marokkaner, der seit drei Jahren in Köln Taschendiebstähle begeht, die Situation so: Man habe sich mit 70 bis 80 Personen im Stadtteil Kalk getroffen und sei dann zum Hauptbahnhof gefahren. Seine Gruppe habe sich am Hauptbahnhof laut auf Arabisch unterhalten, was dazu geführt habe, dass sich immer mehr arabisch sprechende Menschen angeschlossen hätten. Viele hätten die Gelegenheit zum Klauen genutzt, dann hätten einige „Mädchen begripscht“ und die Sache sei „völlig ausgeartet“. In der umfangreichen Datenbank, die die Polizei über die nordafrikanische Szene führt, ist nur einer der Tatverdächtigen aufgeführt.

Insgesamt legt dies eher das Bild von kleinkriminellen Jugendgruppen nahe als die verschiedentlich geäußerte Vermutung, es müsse für das augenscheinlich „koordinierte Vorgehen“ einen politischen Hintergrund geben, möglicherweise habe der IS seine Finger im Spiel.

II.

Die Polizei hat die massenhaften Übergriffe anfänglich nicht ernst genommen und sogar versucht, sie zu vertuschen. Erst durch das Trommelfeuer konservativer Medien wie *Spiegel* und *Focus*, die die massenhaften Übergriffe auf Frauen sofort benutzt haben, um gegen „nordafrikanische Asylbewerber“

Stimmung zu machen, wurde der Vorfall hochgekocht; der Polizeipräsident von Köln musste deswegen seinen Hut nehmen. Einer, der maßgeblich bei der Stimmungsmache nachgeholfen hat, war der Vorsitzende der konservativen Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt. Er vertrat sehr frühzeitig nach Neujahr in den Medien die Behauptung, die Politik mache der Polizei Vorgaben, kriminelle Taten von Flüchtlingen möglichst nicht zu veröffentlichen, das sei politisch nicht opportun. Gleichzeitig berichten Medien vorzugsweise über Flüchtlingskriminalität und nicht über Kriminalität von Deutschen. Damit wird von den politisch Verantwortlichen ein Bild in die Welt gesetzt, wonach Flüchtlinge angeblich besser geschützt werden sollen als Deutsche, und das von einer Polizei, die die BürgerInnen nicht mehr schützen kann oder will. Die kritische Fernsehsendung Panorama befragte daraufhin Wendt selbst sowie andere Polizeihauptkommissare. Wendt konnte vor und hinter der Kamera keinen Beleg für seine Behauptung erbringen; Polizeistellen aus verschiedenen Orten wiederum erklären unisono, dass die Flüchtlingskriminalität im ganzen Jahr 2015 bis heute nicht gestiegen ist und nur einen Bruchteil der Gesamtkriminalität ausmacht (im Fall Karlsruhe etwa 50 von 50 000).

Was die Frauen betrifft, ist die Verharmlosung der Übergriffe durch die Polizei keine Besonderheit der Silvesternacht: regelmäßig kommt es vor, dass sie Übergriffe nicht als sexuelle Belästigung oder Nötigung, sondern als „Körperverletzung“ in ihrer Statistik führt und die Frauen mit dem Argument wieder wegschickt, ihre Anzeige habe eh keine Chance.

Pegida NRW und eine Reihe anderer faschistischer Organisationen mobilisierten am 9. Januar zu einer Demonstration in Köln, zu der jedoch nur etwa 500 Rechte anmarschierten (bei 3000 GegendemonstrantInnen); die Demonstration wurde alsbald von der Polizei aufgelöst. Drei Tage zuvor, am 6. Januar, hatten sich einige hundert Frauen auf der Domplatte zu einer Kundgebung gegen Sexismus und Rassismus eingefunden; sie schlossen sich später einer parallelen Kundgebung von Linken gegen die Instrumentalisierung der Vorfälle für die weitere Verschärfung der Asylgesetze an.

Die Vorfälle haben den Hardlinern in der Bundesregierung und in der CDU/CSU in die Hände gespielt und die anfängliche „Willkommenskultur“, auf die sich die veröffentlichte Meinung so viel einbildete, weggeputzt. Der Stammtisch tobt sich in den sozialen Medien aus; der Allianz für Deutschland (AfD) wird bei den Landtagswahlen am 13. März der Einzug in die Landesparlamente von Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt vorhergesagt, in Baden-Württemberg soll sie sogar über 10 Prozent kommen.

Anfang Dezember wurden über 220 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte im Jahr 2015 gemeldet, fast täglich also; gefasst wurde kaum jemand, vier Urteile wurden gesprochen. Vereinzelt gibt es pogromartige Überfälle auf Gruppen dunkelhäutiger Ausländer. Militante rechte Gruppen stellen Bürgerwehren auf, die nachts mit Hunden und bewaffnet durch die Straßen patrouillieren, weil die Polizei ja nicht mehr in der Lage sei, „ihre Bürger zu schützen“. Es gibt Bürgermeister, die das dulden, und Polizeistellen, die das Treiben lediglich „beobachten“. Die Bundesregierung hat eine Verschärfung der Asylgesetze vorbereitet, die auch die nordafrikanischen Staaten Algerien, Tunesien und Marokko als „sichere Herkunftsländer“ einstuft; das bedeutet, dass Asylbewerber aus diesen Ländern hier keine Chance auf Anerkennung haben. SPD-Chef Sigmar Gabriel droht diesen Ländern mit dem Entzug der Entwicklungshilfe, wenn sie nicht bereit sind, zurückgeschickte Asylbewerber wieder aufzunehmen. Außerdem dürfen Asylsuchende, die nur „geduldet“ sind, ihre Familie nicht nachholen. Das ist besonders zynisch, werden doch damit die Situationen, die „Köln“ erst möglich machten, geradezu gepflegt statt beseitigt.

Die Hetze gegen Asylbewerber will vorrangig verhindern, dass noch weitere Flüchtlinge ins Land kommen. Mit dem Etikett „sicheres Herkunftsland“ schränkt die Bundesregierung sukzessive den Raum ein, aus dem Menschen kommen müssen, um als AsylbewerberInnen in Deutschland überhaupt

anerkannt zu werden. Migranten werden in den Medien in „gute“ und „böse“ aufgeteilt, erkennbar mit dem Zweck, die Urheber vom Vorwurf des Rassismus reinzuwaschen.

III.

Nun zu einigen Problemen hinsichtlich der Reaktion auf der Linken.

Allgemein gesprochen hat die Linke anfänglich die Vorfälle in der Silvesternacht ebenso wenig ernst genommen wie die Polizei. Als die Medien anfangen, gegen „Nordafrikaner“ zu trommeln, richtete sie ihr Feuer gegen die rassistische Ausschachtung dieser Vorfälle. Zum Teil verstieg sie sich soweit, eine Täterschaft aus der nordafrikanischen Community gar nicht in Betracht ziehen zu wollen – allein das schien ihr bereits eine rassistische Zuschreibung zu sein. Erst die Demonstration der Frauen und die Reaktion zahlreicher Frauenverbände, die einen besseren Schutz gegen sexuelle Gewalt fordern, hat hier teilweise ein Umdenken eingeleitet. Die unausgesprochene Angst auf der Linken ist, dass die Frauen mit ihren Forderungen, die keinen Unterschied machen zwischen deutschen und nicht-deutschen Tätern, ungewollt in den rassistischen Chor mit einstimmen.

Die Frauen aber waren sich dieser Gefahr durchaus bewusst und haben deswegen von Anfang an klar gestellt, dass es nicht um Ausländergewalt, sondern um Männergewalt geht. Dennoch bleibt die Tatsache, dass sie ihrer Hauptforderung, das Sexualstrafrecht zu verschärfen, erst auf einer Woge anschwellender Hetze gegen Asylbewerber breiteres Gehör verschaffen konnten – eine unangenehme Erfahrung. Es ist aber gut, dass sie es gemacht haben und nicht ihrerseits in die Falle des „Hauptwiderspruchs Asylantenhetze“ getappt sind. Denn wie sich gezeigt hat, sind sie damit in der Lage, eine Brücke zwischen der Frauenbewegung und den Migranten zu bauen.

Syrische Flüchtlinge haben Mitte Januar den Ball aufgegriffen und eine eigene Kundgebung durchgeführt, auf der sie an Frauen Rosen verteilt und sich für die Übergriffe entschuldigt haben. Das war in der Situation eine wichtige und schöne Geste, allerdings ist auch sie zweischneidig. Denn die syrischen Flüchtlinge haben sich hier für etwas entschuldigt, was sie nicht getan haben und man kann sagen: Damit laufen sie Gefahr, ungewollt die Mainstream-Propaganda zu verstärken, die zwischen „guten“ und „bösen“ Flüchtlingen unterscheidet. Einige der Teilnehmer haben nicht weniger entschieden eine „harte Bestrafung“ der Täter und ihre „Ausweisung“ gefordert, als man es auf deutscher Seite hört. In ihrem Wunsch, von der deutschen Gesellschaft als Gleichberechtigte aufgenommen und akzeptiert zu werden, legen manche von einer Überangepasstheit an den Tag (was auch nichts Neues ist); andererseits befürchten hier heimisch gewordene MigrantInnen, dass solche Ereignisse auch ihre eigene, mühsam aufgebaute Existenz wieder in Frage stellen.

Schließlich gilt es auch einzugestehen: Auch den Frauen ist erst allmählich bewusst geworden, dass die Ereignisse der Silvesternacht von ihnen eine politische Antwort verlangten und sie nicht zur Tagesordnung übergehen konnten. Behshid Najafi, eine der Geschäftsführerinnen des migrantischen Frauenverbands agisra, beklagte in einem Interview mit der *Sozialistischen Zeitung* (SoZ), Frauen würden solche Übergriffe oft selbst nicht ernst genug nehmen und sich zuviel gefallen lassen.

IV.

Die autonome Frauenbewegung ist im antirassistischen Kampf eine wertvolle Verbündete, weil sie nicht zwischen Nationen, sondern zwischen Geschlechtern unterscheidet und unermüdlich auf die Defizite der patriarchalen deutschen Mehrheitsgesellschaft verweist.

Es muss wieder in Erinnerung gerufen werden, dass das Patriarchat eine gesellschaftliche Erscheinung ist, die etwas mit dem Aufkommen der Klassenherrschaft zu tun hat, und nicht einer bestimmten „Na-

tion“ oder „Religion“ zu eigen ist, wiewohl alle großen monotheistischen Religionen patriarchalisch sind. Nur in einer patriarchalischen Gesellschaft können Frauen als Menschen zweiter Klasse behandelt werden. Diesen Zustand zu überwinden, darum geht es im Kern, wenn Frauen sagen: Das NEIN der Frau muss reichen! Sexuelle Gewalt liegt nicht allein dann vor, wenn körperliche Aggression mit im Spiel ist, sondern schon dann, wenn Frauen gegen ihren Willen bedrängt werden, genötigt werden, in Situationen gebracht werden, wo sie etwas über sich ergehen lassen müssen. Die Entwürdigung der Frau ist der erste Schritt zur Gewalt. Die Frauenverbände fordern daher einstimmig, dass Deutschland die Istanbul-Konvention, die solche Überlegungen aufgreift, endlich ratifiziert und die deutschen Gesetze anpasst. Dagegen gibt es in Deutschland allerdings eine starke Männerlobby.

Patriarchat manifestiert sich in unterschiedlichen Gesellschaften auf verschiedene Weise, und auch in ein und derselben Gesellschaft ist die Stellung der Frau unterschiedlich, je nachdem wie stark die Frauenbewegung dort ist und wie stark die Religion den Alltag prägt. Das gilt für Europa nicht anders als für islamische Länder. Auch in europäischen Ländern ist es noch nicht lange her, dass Frauen als Freiwild betrachtet wurden, wenn sie etwas mehr Haut zeigten, oder dass für sie eine besondere Kleiderordnung galt. Indem die Frauenbewegung diese Zusammenhänge wieder in Erinnerung ruft und auf der universellen Geltung der Frauenrechte und der Bekämpfung von Gewalt besteht, stellt sie sich quer gegen rassistische Argumentationen, die ja ähnliche Muster aufweisen wie sexistische.

V.

Schlussendlich gibt es noch eine weitere Dimension.

Die Forderung der Frauen nach einer Verschärfung des Sexualstrafrechts bereitet vielen Linken, die gegen eine Aufrüstung des Staates sind, Probleme. Doch ist an dieser Stelle zu unterscheiden zwischen der Repressionsfunktion und der Schutzfunktion des Staates. Der neoliberale Staat hat diese Schutzfunktion massiv abgebaut, dafür die Repressionsfunktion aufgebaut. In Deutschland fehlen nicht die Mittel für mehr Personal und Geld für Einrichtungen der Frauenselbsthilfe, Gewaltprävention und polizeilichen Schutz – der Bundeshaushalt hat einen Überschuss von 18 Milliarden Euro – es fehlt der politische Wille dafür. Das zeigt sich noch krasser an anderer Stelle, etwa in der Verwahrlosung der Schulen, dem Abbau öffentlicher Dienstleistungen, vor allem aber in der Art, wie die Flüchtlinge hier allzu oft aufgenommen werden: in Massenunterkünften, die keine Privatsphäre bieten, mit unzureichender hygienischer, manchmal auch Nahrungsmittelversorgung (es werden Fälle berichtet, in den Flüchtlinge hungern!), dabei monatelang auf eine reguläre Unterkunft und auf ihre Anerkennung als Asylberechtigte warten – von einer Integration durch Sprachkurse, Ausbildungs- und Arbeitsangebote ganz zu schweigen. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass Jugendliche einen Lagerkoller entwickeln und kleinkriminelle Banden bilden.

Die Linke ist nicht in der Lage, die Mängel des Staates durch eigene Strukturen aufzufangen. Frauen haben daher gar keine andere Wahl, als schärfere Gesetze zu fordern, die der Polizei klare Vorgaben machen.

Angela Klein, Köln, 30. Januar 2016